

NIEDERSCHRIFT

| | | | |
|-----------------|--|---------------|------------------|
| Körperschaft: | Gemeinde Bad Zwischenahn | | |
| Gremium | Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Fremdenverkehr | | |
| Sitzung am: | Montag, 29.11.2010 | | |
| Sitzungsort: | Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5, | | |
| Sitzungsbeginn: | 17:00 Uhr | Sitzungsende: | 20:25 Uhr |

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

Ausschussmitglieder

Frau Monika Blankenheim SPD
Frau Maria Bruns CDU

für AM Wolf bis 17:15 Uhr, TOP 4 und ab
TOP 7, 18:50 Uhr

Herr Rainer Isemann CDU
Herr Dr. Georg Kolbow FDP
Herr Jürgen Köster UWG
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Helmut Ohlert SPD
Herr Hauke Rosenbusch CDU
Herr Klaus Wolf CDU

ab 17:15 bis 18:50 Uhr, TOP 4 bis 7

Grundmandatsinhaber

Herr Georg Köster GRÜNE
Herr Wolfgang Sindermann Freie Wähler

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Wilfried Fischer
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Herr Martin Wichelmann
Frau Helga Buß

Protokollführerin

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

| | | |
|-------|--|----|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2010 (Protokoll Nr. 189) | 3 |
| 3. | Bericht der Verwaltung | 3 |
| 3.1. | Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen | 3 |
| 3.2. | Antrag auf Anerkennung Rostrups als Erholungsort | 3 |
| 4. | Jahresrechnung 2008 1. Feststellung der Jahresrechnung 2. Entlastung des Bürgermeisters Vorlage: BV/2010/153 | 4 |
| 5. | Neufassung der Hundesteuersatzung Vorlage: BV/2010/149 | 4 |
| 6. | Erlass der neunten Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung Vorlage: BV/2010/155 | 5 |
| 7. | Auswahlkriterien für das Bieterverfahren der gemeinsamen Anstalt öffentlichen Rechts Ausschreibungsverbund Ammerland Vorlage: BV/2010/156 | 6 |
| 8. | Neuregelung der Schulfinanzierung Vorlage: BV/2010/157 | 7 |
| 9. | Haushalt 2011 hier: Änderungen zum bisherigen Haushaltsentwurf Vorlage: BV/2010/154 | 7 |
| 10. | Anfragen und Hinweise | 9 |
| 10.1. | Eröffnungsbilanz | 9 |
| 10.2. | Teilhaushalt 68 - Baubetriebshof | 10 |
| 10.3. | Bürgerhaushalt | 10 |
| 10.4. | Parkplatz Kirche Ofen | 10 |
| 11. | Einwohnerfragestunde | 10 |

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn der Niederschrift aufgeführt ist.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.10.2010 (Protokoll Nr. 189)

Die Niederschrift über die Sitzung des WuFF vom 25.10.2010 (Protokoll Nr. 189) wird einstimmig genehmigt.

- 10 -

3 Bericht der Verwaltung

3.1 Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen

In der WuFF-Sitzung am 24.08.2010 wurde der Bericht Nr. 02/2010 über die Umsetzung der Richtlinie über die Aufnahme und Umschuldung von Kommunaldarlehen der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Kenntnis gegeben. Seither hat es keine weiteren Kreditaufnahmen oder Umschuldungen gegeben.

- 20 -

3.2 Antrag auf Anerkennung Rostrups als Erholungsort

Der Gemeinderat hat am 21.09.2010 beschlossen, dass ein Antrag auf (weitere) staatliche Anerkennung Rostrups als Erholungsort gestellt werden soll. Der Antrag wurde am 13.10.2010 über den Landkreis Ammerland an die Regierungsvertretung Oldenburg gestellt.

Es ist nicht davon auszugehen, dass der Antrag noch in diesem Jahr beschieden wird. Da die Anerkennung Rostrups für die Höhe des neu zu kalkulierenden Kurbeitrages wesentlich ist, wird die Neukalkulation der Kurbeiträge und die damit verbundene Neufassung der Kurbeitragssatzung zurückgestellt. Daher solle die Genehmigung abgewartet werden.

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt AL Wichelmann mit, dass für den Fall, dass Rostrup nicht als Erholungsort anerkannt wird, die in Rostrup entstandenen Aufwendungen, insbesondere der Zuschuss an den Park der Gärten, auch nicht in die Kurbeitragskalkulation einfließen dürfen.

- 20 -

4 **Jahresrechnung 2008**
 1. Feststellung der Jahresrechnung
 2. Entlastung des Bürgermeisters
 Vorlage: BV/2010/153

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage. Bei der Jahresrechnung 2008 handelt es sich um den letzten kameralen Abschluss. Die Prüfung der Jahresrechnung durch das Rechnungsprüfungsamt habe sich sehr verzögert. Die Zahl der Hinweise sei sehr gering; eine Entlastung werde empfohlen.

Auf Anfrage des GM G. Köster antwortet AL Wichelmann, dass die Gemeinde in der Regel Annuitätsdarlehen aufnehme. Bei diesen Darlehen erhöhen die ersparten Zinsen die Tilgungsbeträge.

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt AL Wichelmann mit, dass in 2008 keine Haushaltsausgabereise gebildet wurden. Dieses sei wegen des Umstiegs auf die Doppik technisch nicht möglich gewesen. Die Verwaltung habe sich daher dazu entschlossen, in den Fällen, in denen ein Haushaltsrest hätte gebildet werden müssen, in 2009 stattdessen die Ansätze zu erhöhen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Jahresrechnung 2008 wird festgestellt.
2. Dem Bürgermeister wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20 -

5 **Neufassung der Hundesteuersatzung**
 Vorlage: BV/2010/149

AL Wichelmann erläutert die Vorlage. Inhaltlich habe sich die Satzung nicht geändert. Sie wurde auf den neuesten Stand gebracht und es erfolgten redaktionelle Änderungen.

GM G. Köster fragt, ob die Gemeinde häufig Geldbußen nach § 10 verhängt.

AL Wichelmann antwortet, dass bisher noch keine Geldbuße wegen einer Ordnungswidrigkeit nach der Hundesteuersatzung verhängt wurde. Die Verhängung eines Bußgeldes sei auch das letzte Druckmittel.

AM J. Köster findet die Staffelung der Steuersätze ungerecht. Er stellt den **Antrag**, die Hundesteuer auf 55,00 € pro Hund festzusetzen. Dabei spiele es keine Rolle, ob es der Ersthund oder ein weiterer sei.

AV Finke stellt sich die Frage der Kontrolle der nicht angemeldeten Hunde.

AL Wichelmann teilt mit, dass Kontrollen durch die Gemeinde nicht stattfinden. Die Bezirksvorsteher verteilen jedoch alle zwei Jahre die neuen Hundesteuermarken. Sie sind angehalten, in ihrem Bezirk nach Hunden ohne Hundesteuermarken Ausschau zu halten.

Anmerkung der Protokollführerin:

Im November 2010 waren in Bad Zwischenahn 1.778 Ersthunde, 124 Zweithunde und 17 Dritt- und weitere Hunde angemeldet.

Beschluss:

Der Antrag des AM J. Köster, die Hundesteuer einheitlich auf 55,00 € festzusetzen, unabhängig davon, ob es sich um den Ersthund oder einen weiteren handelt, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|---|
| Ja-Stimmen: | 1 |
| Nein-Stimmen: | 4 |
| Stimmenthaltungen: | 4 |

Beschlussvorschlag:

Die beigefügte Neufassung der Hundesteuersatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|---|
| Ja-Stimmen: | 7 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | 2 |

- 20 -

6 Erlass der neunten Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV/2010/155

AL Wichelmann erläutert die mit der Einladung verschickte und die nachträglich versandte Vorlage. Ziel sei gewesen, mit der Neuausschreibung der Straßenreinigung eine Gebührenanpassung vorzunehmen. Die Neuausschreibung der Straßenreinigung sei jedoch rechtlich bestritten worden. Trotzdem schlage man eine Gebührenanpassung vor, um voraussichtlich großen Gebührensprüngen in der nächsten Kalkulation vorzubeugen.

FBL Meyer ergänzt, dass ein Bieter einen Anwalt eingeschaltet habe. Er rügt, dass nach seiner Kenntnis der günstigste Bieter einige der im Rahmen der Ausschreibung verlangten Kriterien nicht erfülle. Zum anderen werde gerügt, dass die in der Ausschreibung enthaltene Möglichkeit, dass der für 3 Jahre erteilte Auftrag optional um ein viertes Jahr verlängert werden könne, zu einem Ausschreibungsvolumen führe, das europaweit ausgeschrieben werden müsse. Die Verwaltung habe nach rechtlicher Prüfung inzwischen die Ausschreibung aufgehoben und werde in 2011 die Straßenreinigung europaweit neu ausschreiben.

Auf Anfrage des GM Sindermann teilt FBL Meyer mit, dass die Kosten für die Leerung der Papierkörbe durch den Baubetriebshof nicht enorm gestiegen seien, sondern man habe diese Kosten in früheren Jahren nicht der Straßenreinigung zugeordnet.

Beschlussvorschlag:

Die anliegende neunte Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 20, 66 -

7 **Auswahlkriterien für das Bieterverfahren der gemeinsamen Anstalt öffentlichen Rechts Ausschreibungsverbund Ammerland**
Vorlage: BV/2010/156

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage.

Neben dem Bürgermeister vertritt Frau Maria Bruns Bad Zwischenahn bei den derzeitigen Vorbesprechungen zur Bildung einer kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts.

Stv. AM Frau Bruns geht auf die bisherigen Beratungen ein und beschreibt das in der Beschlussvorlage der Gemeinde Rastede dargestellte weitere Verfahren.

GM Sindermann hält die ersten drei Ziele für paradox. So sei es kaum möglich, einen hohen Durchschnittsgewinn bei geringem Risiko und ohne die Einbringung von Eigenkapital zu erzielen.

BM Dr. Schilling weist darauf hin, dass es solche Modelle bereits gebe. Bei Abschluss eines Konzessionsvertrages haben die Vertragspartner nicht viele Verhandlungsmöglichkeiten. Die Kommunen versuchen jetzt jedoch, ihren Einfluss zu sichern und zugleich finanzielle Vorteile zu erlangen. Zunächst sei die Markterkundung abzuwarten. Erst dann wisse man, was möglich sei. Die Angelegenheit sei dann in den Ratsgremien zu beraten.

Geplant sei die Ausschreibung eines Hauptangebotes bei dem es sich um den Konzessionsvertrag handle. Der Mustervertrag gebe bereits die Höchstbeträge vor. Die Abgabe eines Angebotes, was unter den Höchstbeträgen liegt, sei somit nicht möglich. Sodann bekommen die Bieter die Möglichkeit, zu dem Hauptangebot das Nebenangebot 1 (siehe Vorlage) oder das Hauptangebot in Verbindung mit einer Beteiligungslösung (Nebenangebot 2) anzubieten.

AM Isemann kann sich nicht vorstellen, dass viele Angebote eingehen werden. Das Leitungsnetz befinde sich im Eigentum der EWE. Andere Anbieter müssten die Leitungen von der EWE erwerben.

BM Dr. Schilling erinnert, dass es in der heutigen Sitzung um die Gewichtung der Kriterien gehe. Ohne festgelegte Kriterien könne man nicht in ein Ausschreibungsverfahren einsteigen. Nach erfolgter Ausschreibung habe man jedoch auch an diesen Kriterien festzuhalten.

GM Sindermann stellt fest, dass die Ausschreibung in zwei Lose, nämlich Strom und Gas, aufgeteilt wurde. Er hält dies für sehr wichtig. Eine Beteiligung an der Stromlieferung sei langfristig interessant. Eine Beteiligung am Gasnetz sei nicht zukunftssträchtig.

AM Dr. Kolbow ist der Auffassung, dass die Versorgungssicherheit zu niedrig gewichtet sei. Für ihn sei dies das wichtigste Kriterium.

Beschlussvorschlag:

Die Wertungskriterien, die Gewichtung der Wertungskriterien, die wesentlichen Regelungen der vorläufigen Musterkonzessionsverträge zur Auswahl eines Bestbieters im Rahmen der Neuvergabe von Konzessionsverträgen, werden auf der Grundlage dieser Vorlage sowie der beigefügten Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 1
Stimmenthaltungen: -

- I -

An dieser Stelle erfolgt eine 10-minütige Pause.

8 Neuregelung der Schulfinanzierung

Vorlage: BV/2010/157

Auf Anfrage des AM Frau Blankenheim teilt FBL Oeljeschläger mit, dass Auszahlungen erst ab 2014 erfolgen. Grund hierfür sei, dass bereits Zusagen für Darlehensvergaben für die Jahre 2011 bis 2013 gemacht worden seien. Hiervon würde auch die Gemeinde Bad Zwischenahn profitieren (zinslose Darlehen für die Realschule).

Beschlussvorschlag:

1. Die Mittel, die in den kommenden Jahren der Kreisschulbaukasse durch Tilgung bereits vergebener Darlehen zufließen, sollen zu 2/3 an die Ammerländer Gemeinden entsprechend der Schülerzahlen ausgekehrt werden. Die restlichen Mittel verbleiben beim Landkreis.
2. Die Vereinbarung zwischen dem Landkreis Ammerland und den Ammerlandgemeinden aus dem Jahr 1976 ist entsprechend anzupassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- I, II -

**9 Haushalt 2011
hier: Änderungen zum bisherigen Haushaltsentwurf
Vorlage: BV/2010/154**

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage.

Ergebnishaushalt

11.1.30.60.421100 - Bauliche Unterhaltung Sporthalle Ofen

Auf Anfrage des AM Mickelat teilt FBL Meyer mit, dass bei der Sporthalle Ofen in 2010 Deckenstrahlplatten neu installiert wurden und die Be- und Entlüftung der Sanitärbereiche mit Wärmerückgewinnung ebenfalls neu eingebaut wurde. In 2011 wolle man die Heizungsanlage erneuern. Die 60.000,00 €, die von 2011 nach 2012 geschoben wurden, sind für die Sanierung der Duschen vorgesehen.

Interne Leistungsverrechnungen

Auf Anfrage des AM Isemann teilt AL Wichelmann mit, dass bis auf die Personalkosten die Leistungen des Gebäudemanagements mit den einzelnen Produkten verrechnet werden.

Finanzhaushalt

11.1.41.01/1015.783110 - Relaunch Internetauftritt

GM G. Köster ist der Meinung, dass bei der derzeitigen finanziellen Lage der Gemeinde eine Überarbeitung des Internetauftritts für rund 30.000,00 € nicht notwendig sei.

BM Dr. Schilling weist darauf hin, dass der Internetauftritt der Gemeinde veraltet sei. Zudem wolle man die Möglichkeit mit aufnehmen, dass die Polizei in Notfällen Daten aus dem Melderegister einholen kann. Auch soll die praktische Anwendung bei Änderungen der Veröffentlichung von Informationen vereinfacht werden.

11.1.30.01/3078.787100 - Sicherung Rathaus

AM G. Köster fragt, ob der Einbau der Brandmeldeanlage vorgeschrieben sei. GM Sindermann sei davon ausgegangen, dass im Zuge des Rathausumbaus solche Anlagen von vornherein mit eingebaut wurden.

FBL Meyer macht deutlich, dass der Einbau einer Brandmeldeanlage rechtlich nicht notwendig sei. Als Folge des Einbruchs in diesem Jahr habe man sich jedoch dazu entschlossen, diese Sicherheitsmaßnahmen einzubauen.

Die Verwaltung habe im besonderen Maße Daten zu schützen.

42.4.10.01/3081.787100 - Stadion

Die Maßnahmen am Stadion wurden vom Kultur- und Sportausschuss mit einem Sperrvermerk versehen.

FBL Oeljeschläger weist darauf hin, dass der Ergebnishaushalt nur noch 220.000 € ausweise, der Finanzhaushalt mit rund 350.000 € sogar noch defizitär sei. Insofern bestünde kein Spielraum für eine Steuersenkung. Es handele sich weiterhin um einen Sparhaushalt mit dem Ziel der Konsolidierung.

Steuerhebesätze

AV Finke erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese die Höhe der Hebesätze so belassen wolle wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

AM Dr. Kolbow erklärt, dass die FDP-Fraktion sich noch nicht einig sei.

GM Sindermann schlägt einen Kompromiss vor. Um ein positives Signal zu setzen, könne man bei der Grund- und Gewerbesteuer den Hebesatz um jeweils zehn Prozentpunkte senken. Auch diese Regelung solle dann zunächst wieder für ein Jahr gelten. Er wird dies auch so in der Ratssitzung beantragen.

AM Mickelat findet die Idee von Herrn Sindermann interessant. Die SPD-Fraktion sei sich noch nicht einig. Es spreche jedoch viel dafür, die Steuern bei der vorgeschlagenen Höhe zu belassen. Die Gemeinde Bad Zwischenahn befinde sich in einer Ausnahmesituation. 2010 sei sie in ein Finanztief gerutscht, aus dem sie sich auch noch im Jahr 2011 herausarbeiten müsse.

GM G. Köster erklärt, dass die Grünen keine Veranlassung zur Steuersenkung sehen. Vorrangig sei der Schuldenabbau.

Haushalt allgemein

Auf Anfrage des AM Mickelat erklärt AL Wichelmann, dass der außerordentliche Haushalt bisher nicht beplant werde. Aufgrund der anstehenden Eröffnungsbilanz mangle es an der Datengrundlage.

AM Isemann bittet um eine Liste mit den Differenzen zwischen den Buchwerten und den Verkaufspreisen der laut Haushaltssicherungskonzept zu veräußernden Immobilien.

Auf Anfrage des GM Sindermann antwortet FBL Oeljeschläger, dass keine außertariflichen freiwilligen Leistungen an die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung gezahlt werden.

Auf Anfrage des AM Mickelat sagt FBL Fischer, dass das Eingliederungsbudget des Landkreises für den Bereich des SGB II um 1,6 Mio. € gekürzt werde. Die Kürzung des Eingliederungsbudgets schlage sich beim Personal des Landkreises mit 500.000 € und bei den Ammerlandgemeinden mit 300.000 € nieder. Die Gemeinden stehen in Gesprächen mit dem Landkreis Ammerland. Für Bad Zwischenahn ergebe sich nach Fallanteilen eine Kürzung der Zuschüsse um rund 75.000 €. Diese Beratungen sind noch nicht in die Haushaltsplanung eingeflossen, da noch erheblicher Klärungsbedarf bestehe.

An dieser Stelle macht der WuFF auf Antrag von AM Mickelat eine 5-minütige Pause.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalt inkl. Haushaltssatzung 2011 sowie das Investitionsprogramm 2011 bis 2014 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|---|
| Ja-Stimmen: | 6 |
| Nein-Stimmen: | 1 |
| Stimmenthaltungen: | 2 |

- I, II, III -

10 Anfragen und Hinweise

10.1 Eröffnungsbilanz

AM Isemann bittet um einen Bericht über den derzeitigen Stand der Erstellung der Eröffnungsbilanz.

FBL Oeljeschläger verweist auf die Kenntnisnahme in der letzten Sitzung des WuFF. Unter TOP 3.4 wurde dort berichtet. Der Sachstand sei noch aktuell. In 2011 soll auch mit zusätzlichem personellem Einsatz die Eröffnungsbilanz erstellt werden.

- 20 -

10.2 Teilhaushalt 68 - Baubetriebshof

Auf Anfrage des AM J. Köster sagt FBL Oeljeschläger, dass der Betriebsausschuss des Baubetriebshofes laut Geschäftsordnung nicht öffentlich tage. Man gehe davon aus, dass sich der neue Rat nächstes Jahr eine neue Geschäftsordnung geben werde, sodass künftig auch der Teilhaushalt 68 in öffentlicher Sitzung vorberaten werde. Zudem bestünde heute die Möglichkeit, den Teilhaushalt in öffentlicher Sitzung aufzurufen.

10.3 Bürgerhaushalt

AM Mickelat sagt, dass die SPD-Fraktion den Antrag gestellt habe, über die Möglichkeit der Bildung eines Bürgerhaushaltes informiert zu werden. Bisher habe die Verwaltung nicht berichtet.

Anmerkung der Protokollführerin:

Der Verwaltung liegt kein entsprechender Antrag vor. Es wurde lediglich der Presse entnommen, dass beabsichtigt sei, einen solchen Antrag zu stellen.

10.4 Parkplatz Kirche Ofen

AV Finke berichtet von einer Veranstaltung des Ortsbürgervereins Ofen, zu dem auch die Ratsmitglieder aus Ofen eingeladen waren. Unter anderem sei der Parkplatz bei der Kirche Ofen Thema gewesen. AV Finke bittet, in der Verwaltung zu beraten, ob der Parkplatz langfristig an die Kirche verpachtet werden könne, sodass sich für die Kirche ein Ausbau lohnen würde.

- 23, I, II -

11 Einwohnerfragestunde

Keine.

AV Finke schließt die Sitzung.

Finke
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger
Fachbereichsleiter

Buß
Protokollführerin